

Krieg in Sicht?

Das iranische Nuklearprogramm und das Sicherheitsdilemma Israels

EDITORIAL

Nicht mal 20 km misst Israel an seiner schmalsten Stelle und ist damit nicht nur auf einer Weltkarte verschwindend klein im Vergleich zu seinen arabischen Nachbarn. Schon die Zerstörung eines seiner Ballungszentren könnte das Ende für Israel bedeuten.

Wen wundert es, dass Israel den Iran sehr genau im Auge behält? Denn er, insbesondere der iranische Präsident Ahmadinejad, liefert Israel seit Jahren viele Gründe, sich bedroht zu fühlen. Hetztiraden, die alle antisemitischen Klischees bedienen, verbunden mit unverblühten Drohungen gegen die Existenz Israels und das kaum verhüllte Streben nach Atomwaffen, schaffen eine Atmosphäre permanenter Anspannung. Die verbalen Attacken als reine Rhetorik abzutun, mutet schon fast fahrlässig an.

Der Westen allerdings, allen voran die Obama-Regierung, reagiert merkwürdig verhalten auf diese Drohkulisse und signalisiert Kooperationsbereitschaft. Das ist fatal, bestätigt er doch damit ungewollt Ahmadinejads harten Kurs. Was die Bush-Regierung dem gemäßigten Vorgänger Ahmadinejads Khatami vorenthalten hat, wird dem fanatischen Nachfolger hoffnungsfroh angeboten. Harald Müller stellt im vorliegenden Standpunkt das iranische Atomprogramm vor, beleuchtet die Ideologie Ahmadinejads, lotet seine Machtposition innerhalb des Iran aus und bewertet die Chancen, die Politik des Iran zu beeinflussen. Nach gründlichen Überlegungen warnt er vor der eingeschlagenen Appeasement-Politik, die für Israel und den Weltfrieden fatale Folgen haben könnte. *Karin Hammer*



Auf der Feier zum 31. Jahrestag der islamischen Revolution am 11. Februar 2010 verkündete der iranische Präsident Ahmadinejad, dass es in Natanz gelungen sei, erstmalig Uran auf 20 Prozent anzureichern. Stolz auf die wissenschaftliche Leistung, die Aussicht auf bald erreichbare Atomwaffen und anti-israelische Tiraden bilden wie schon so oft eine gefährliche Drohkulisse für Israel. Foto: picture alliance

Harald Müller

Die westliche Politik gegenüber dem Iran gilt als gescheitert¹: Das Nuklearprogramm schreitet voran, obgleich der Sicherheitsrat in drei Stufen Sanktionen beschlossen hat. Die Ratsmitglieder Russland und China weigern sich bislang, die Sanktionen weiter zu verschärfen. Doch selbst wenn sie unter dem Eindruck iranischer Regelverletzungen schärferen Maßnahmen zustimmen sollten, sind deren Wirkungen auf die radikale Führung in Teheran ungewiss. Kooperationsangebote an den Iran laufen ins Leere, selbst Obamas Politik der „ausgestreckten Hand“ hat keine Änderung der iranischen Haltung bewirkt.²

Diese Zuspitzung ist das Ergebnis einer seit dem Amtsantritt von Präsident Ahmadinejad deutlich verhärteten, im Klartext:

extremistischen iranischen Politik.³ Der Wahlsieg dieses radikalen Politikers wäre aber nicht möglich gewesen, hätte nicht die Bush-Regierung 2002 den Iran des gemäßigten Präsidenten Khatami auf die „Achse des Bösen“ gesetzt, mit gewaltsamem Regimewechsel bedroht und ein Jahr später ein weitgehendes Angebot Khatamis, die Beziehungen zu normalisieren, die Zwei-Staaten-Lösung in Palästina anzuerkennen und in der Nuklearfrage Kompromisse in Betracht zu ziehen, unbeachtet gelassen – weil Washington der Perspektive des Regimewechsels den Vorzug gab.⁴ Ahmadinejad vertritt nun allerdings eine ganz andere, wesentlich brisantere Version „islamistischer“ Ideologie als Khatami, mit der heute Kompromisse kaum mehr möglich sind. Bush hat also seinen Regimewechsel bekommen – allerdings nicht in der erwünschten Richtung.

Ausgerechnet in dieser Lage häufen sich in der westlichen Debatte die Überlegungen, mit der Politik der begrenzten Sanktionen zu brechen und stattdessen eine umfassende Entspannungspolitik zu betreiben.⁵ Selbst in der Regierung Bush ist zeitweise erwogen worden, die konsularischen (wenn nicht die diplomatischen) Beziehungen wieder aufzunehmen; Präsident Obama hat nun seine Bereitschaft erklärt, direkt mit der iranischen Führung reden zu wollen und eine Reihe konzilianter Angebote gemacht.

Zwei miteinander verbundene Aspekte spielen in dieser Diskussion eine auffällig geringe Rolle: Erstens die konsequent anti-israelische Politik der gegenwärtigen iranischen Führung. Sie findet nicht nur in dem kontinuierlich geäußerten Wunsch nach einem Nahen Osten ohne Israel Ausdruck:⁶ Irans Haltung gegenüber Israel zeigt sich nicht nur rhetorisch, sondern auch in der Praxis, nämlich in der aktiven Unterstützung derjenigen Gruppen, die Terrorgewalt gegen Israel ausüben. Zweitens ist in diesen Analysen zwar davon die Rede, dass die politische Elite des Iran hoch differenziert und zerstritten sei, andererseits sprechen sie immer von „dem Iran“ als einem geschlossenen Nationalstaat, dessen Interessen und Handlungen nach den Maßstäben rationalen strategischen Kalküls beurteilt werden; ausgeblendet bleibt dabei die Frage nach der ideologischen Positionierung der Gruppe, die gegenwärtig die Exekutive stellt und damit die strategische Vorgehensweise bestimmt.

Das Dilemma, in dem die israelische Führung steckt und das sich immer mehr zuspitzt, je weiter der Ausbau der iranischen Anreicherungsanlage⁷ voranschreitet, wird durch diese Relativierung der iranischen Bedrohung – die aus der geopolitischen Lage Europas heraus durchaus einleuchtend erscheint – dramatisch unterschätzt, die Erfolgsaussichten einer kooperativen Politikwende des Westens gegenüber Teheran optimistisch überzeichnet. In diesem HSFK-Standpunkt möchte ich meine Bedenken gegenüber dieser Sicht darlegen und erläutern, warum die Israelis nachvollziehbare Gründe haben, in der iranischen Politik der gegenwärtigen Regierung eine gravierende Bedrohung zu sehen.

Nach einem knappen Sachstandsbericht zum iranischen Nuklearprogramm arbeite ich zunächst die besonderen Charakteristi-

Traumatische Erfahrungen

Dear Harald: Some eighty years ago, a guy wrote that he wanted to kill all Jews. We laughed at him. The result was six million dead bodies. It will not happen to us again!

Hoher israelischer Beamter im persönlichen Gespräch mit dem Autor

ka der gegenwärtigen iranischen Exekutive und ihrer Stellung innerhalb der politischen Elite des Landes heraus. Ich diskutiere dann die Frage, ob sich die Politik dieser Gruppe von der kritischen Öffentlichkeit oder von westlicher Politik beeinflussen lässt. Es folgt die Darlegung des israelischen Sicherheitsdilemmas und der nahezu zwangsläufigen, pessimistischen Folgerung, dass dieses Dilemma einen militärischen Schlag wahrscheinlich und verständlich macht. Folgerungen für die Politik des Westens schließen den Standpunkt ab.

Das iranische Nuklearprogramm

Seit neunzehn Jahren betreibt der Iran heimlich Aktivitäten gegen die Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrages (NVV), die ihn einer Kernwaffe näher gebracht haben; diese Feststellung trifft zu, auch wenn – wie Teheran behauptet – das iranische Nuklearprogramm vollständig zivilwirtschaftlich motiviert ist. Da niemand in die Köpfe der iranischen Führung schauen kann, müssen sich strategische Analysen erst einmal an den technischen Tatsachen orientieren.⁸ 2006 zog die Regierung die Erlaubnis für die Internationale Atom-Energie-Organisation (IAEO) zurück, das Zusatzprotokoll zum NVV-Verifikationsabkommen anzuwenden, das erweiterte Zugangsrechte vorsieht und vom Iran nicht ratifiziert, aber freiwillig akzeptiert worden war. Als im Dezember 2007 die Geheimdienste der USA zu dem Schluss gelangten, der Iran habe 2003 seine Entwicklung einer Kernwaffe suspendiert, nahm die Weltöffentlichkeit dies allgemein als Entwarnung auf. Das war verfrüht.⁹ Etwa zeitgleich war die IAEO in den Besitz von Dokumenten gelangt, die auf eine breit gefächerte Palette von Experimenten und Beschaffungsaktionen hindeu-

teten, die in ihrer Gesamtheit den Versuch erkennen ließen, Vorbereitungen zum Bau eines nuklearen Sprengkopfes zu treffen; dazu zählen Vorarbeiten zur Produktion von Halbkugeln aus metallischem Uran, die Beschaffung von geeigneten Schaltern und konventionellen Sprengstofflinsen für eine Implosionsbombe sowie Designarbeiten, um einen Sprengkopf zu entwerfen, der sich in die Spitze der iranischen Mittelstreckenrakete Shahab III montieren ließe. Auch deuten die Unterlagen an, dass es ein Projekt („Green Salt“) geben könne, das heimlich der Herstellung und Verarbeitung von waffenfähigem Material dient und außerhalb der Inspektionstätigkeit der IAEO betrieben wird. Seither geht die IAEO mit der ihr eigenen Beharrlichkeit diesen Informationen nach. Der Iran bezeichnete die Dokumente zunächst als Fälschungen, gestand dann aber ein, dass sie einige richtige Informationen enthielten. Er versprach zunächst aufklärende Zusammenarbeit mit der Wiener Behörde, verweigerte sie dann jedoch. Es ist der IAEO infolgedessen nicht möglich, iranische Dokumente einzusehen, Standorte zu besichtigen und Menschen zu befragen, die aufgrund ihrer Unterlagen mit den genannten Aktivitäten zu tun haben. Die nur scheinbar beruhigenden Ergebnisse der amerikanischen Geheimdienste relativieren sich durch diese neuen Vorgänge. Ein ausschließlich friedlicher Charakter des iranischen Nuklearprogramms lässt sich daraus nicht schließen. Währenddessen schreitet der Ausbau der Anreicherungsanlage fort. Mittlerweile sind 6000 Zentrifugen installiert, darunter die ersten Kaskaden mit Zentrifugen, die nach dem P-2-Design gefertigt sind, das wesentlich leistungsfähiger ist als die zuvor eingesetzte P-1. Nach der Schätzung des früheren Generaldirektors der IAEO, El Baradei, könnte der Iran, wenn er die Kaskadenkonfiguration entsprechend verändert, innerhalb eines Jahres genügend hochangereichertes Uran für eine Kernwaffe produzieren. Iran hat den Bau weiterer Anreicherungsanlagen angekündigt. Nebenbei treiben die Iraner auch die Möglichkeit zur Plutoniumproduktion voran. Eine Schwerwasseranlage und ein großer Forschungsreaktor, der sich für die Plutoniumherstellung eignet, sind im Bau; entgegen iranischen Verpflichtungen aus dem NVV wird der IAEO der Zugang zu diesen Anlagen verwehrt.¹⁰ Der Bestand an

niedrigangereichertem Uran zum Zeitpunkt des Berichts lag bei 2065 kg, der monatliche Zuwachs zuletzt bei knapp 120 kg. Experten des Institute for Science and Technology schätzen, dass die Anlage in Natanz in der Lage ist, innerhalb von sechs Monaten genügend Material für eine Kernwaffe anzureichern.¹¹

Der letzte Iran-Bericht von IAEО-Generaldirektor Amano schließt mit der Feststellung, dass der Iran mit dem Weiterbetrieb seiner Anreicherungsanlagen, dem Bau von neuen Anlagen ohne frühzeitige Unterrichtung der IAEО, der Anreicherung von Uran auf nunmehr 20% und der Konstruktion eines Reaktors zur Plutoniumproduktion und einer Schwerwasseranlage fortgesetzt gegen sein Verifikationsabkommen, Beschlüsse des IAEО-Gouverneursrats und des VN-Sicherheitsrats verstößt. In unmissverständlichem Ton fordert er Teheran zur Kooperation auf, um offene Fragen über den militärischen Charakter seines Nuklearprogramms zu klären und legt dazu eine lange und detaillierte Liste an Fragen vor, die sich auf die Arbeit an einem nuklearen Sprengkopf für die Verwendung auf einer ballistischen Rakete beziehen. Diese Fragen

beruhen auf Informationen, die der IAEО vorliegen und zu denen der Iran eine Stellungnahme verweigert.¹²

Der Ton der Berichte des Generaldirektors ist seit 2008 ständig besorgter und ernster geworden. Vergleicht man sie mit dem Tenor jener Einschätzungen, welche die IAEО vor dem Beginn des Irak-Krieges an den Sicherheitsrat gab, ist der Tonwechsel besonders auffällig: Damals stieg von Bericht zu Bericht die Zuversicht der Behörde, dass in dem inspierten Land keine Kernwaffenaktivitäten mehr vorhanden seien. Jetzt tendieren die Aussagen in die gegenteilige Richtung. Die Aussichten auf iranische Kernwaffen, verbunden mit der militanten anti-israelischen Rhetorik des Präsidenten, erregen Besorgnis.

Präsident Ahmadinejad: Seine ideologische Position

Vielleicht ist Präsident Ahmadinejad ein rationaler Akteur, der entgegen seiner Rhetorik keinerlei Absichten hat, die gewaltsame Konfrontation mit Israel zu suchen, oder der zumindest durch die nukleare

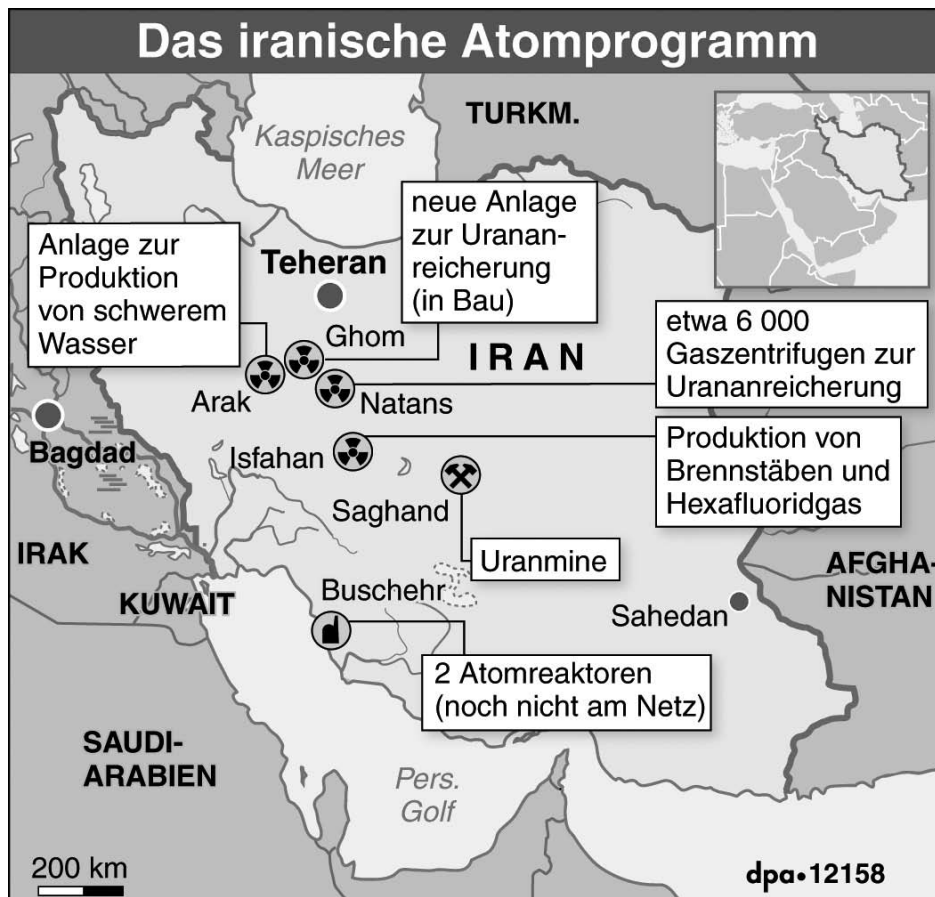
Unmissverständlich

Am, 25. 10. 2005 legte Präsident Ahmadinejad auf einer antizionistischen Konferenz im iranischen Innenministerium mit einem Zitat Ayatollah Khomeinys die Grundlage seiner Israel-Politik dar. Er sagte wörtlich:

The Imam said this regime occupying Jerusalem must vanish from the page of time.

In der staatsoffiziellen iranischen Nachrichtenagentur Islamic Republic News Agency erschien dieses Zitat als *Israel von der Landkarte wischen* („wipe off the map“), eine Formulierung, die dann weltweit verbreitet wurde. Manche machen viel aus diesem semantischen Unterschied. Der Tenor ist indes der Gleiche: Der iranische Präsident wünscht, dass der Staat Israel aus der Region verschwinden soll.

www.antiwar.com/orig/norouzi.php?articleid=11025 (20.5.10)



Quelle: picture alliance

Gegendrohung, die Israel zur Verfügung steht, abzuschrecken ist. (Diese Auffassung scheint hinter dem Angebot Obamas an Israel zu stehen, eine Abschreckungsgarantie gegen iranische Drohungen zu geben). Seine Rhetorik könnte in strategischer Absicht darauf gerichtet sein, die eigene radikale Anhängerschaft bei der Stange zu halten und in der arabischen Welt Punkte zu machen;¹³ auch manche Israelis schreiben ihm in diesem Sinne strategische Rationalität zu.¹⁴ Aber Wahrscheinlichkeit ist keine Gewissheit. Diejenigen, die über Israels Politik zu entscheiden haben, müssen die andere Seite der Gleichung in Rechnung stellen. Und die sieht aus vielen Gründen – aus israelischer Sicht – eher bedrohlich aus.¹⁵

Erstens ist Ahmadinejad kein iranischer Führer wie seine Vorgänger. Er steht an der Spitze einer „revolutionären Wiedererweckung“, während die postrevolutionären iranischen Präsidenten, Rafsandjani und Khatami, die Normalisierung und – zaghaft genug – die politische und wirtschaftliche Reform betrieben haben. Der jetzige Präsident hat eine scharfe Kurve zurück zu den Anfängen der iranischen Revolution eingeschlagen: Religiös-ideologische Faktoren spielen eine zentrale politische Rolle, der Pragmatismus, der nach dem Tode

Khomeinys die iranische Politik geprägt hatte, verliert an Bedeutung.¹⁶

Zweitens ist Ahmadinejad ein Anhänger des Mahdismus; das ist die millenarisch-messianisch-apokalyptische Version des Schiismus (eine Spielart, die es auch im christlichen und jüdischen Fundamentalismus gibt): Die Welt strebt demnach dem ultimativen Zusammenstoß von Gut und Böse entgegen, in dem der „verborgene Imam“ al-Mahdi erscheinen und die Rettung bringen wird.¹⁷ Aufgabe der weltlichen Politik ist es, diese Entwicklung zu beschleunigen; dazu zählt die Zerstörung Israels als ein Fremdkörper im „Heiligen Land“ des Islam: Die Wiederherstellung des (schiitischen) Kalifats setzt voraus, dass der Islam sein gesamtes Territorium der klassischen Zeit wieder kontrolliert. Der geistliche Führer der mahdistischen Bewegung, Ayatollah Mesbah-Yazdi war der Lehrer des Präsidenten und fungiert als seine „Instanz der Nachahmung“; er und mehrere seiner Anhänger haben - anders als Khomeiny - den Erwerb von Kernwaffen theologisch gerechtfertigt. Ahmadinejad soll auch Mitglied der von Mesbah-Yazdi inspirierten radikalen mahdistischen Organisation Hojjatie sein, die selbst unter Ayatollah Khomeiny verboten war, aber unter Ahmadine-

jad wieder legalisiert wurde und anders als die alte Hojjatie durch politischen Aktivismus hervortritt.¹⁸ Er leitet seine jährlichen Ansprachen vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen regelmäßig mit der Fürbitte für die baldige Ankunft des Mahdi ein.¹⁹ Biographische Analysen schreiben seinen religiösen Überzeugungen hohe Authentizität zu.²⁰ Seine politischen Ziele liegen demnach wenigstens zum Teil jenseits herkömmlicher westlicher Rationalitätsvorstellungen; wie bei allen religiösen Fanatikern beeinflusst die transzendente Absolutheit der Ziele auch die Wahl der Mittel. Dennoch kann aus einer solchen Einstellung heraus im Rahmen der Zielsetzungen auch politisch-strategisch rational gehandelt werden.²¹

Drittens ist während seiner Amtszeit radikalen Elementen der Islamischen Revolutionären Garde-Corps (IRGC) die Penetration von Geheimdienst, Militär, aber auch der politischen Institutionen gelungen.²² Bestand früher noch Hoffnung, dass konservative Elemente des Sicherheitsestablishments womöglich im Konfliktfall gegen das IRGC Stellung beziehen würden, so ist diese Chance mittlerweile geschwunden.

Viertens hat er von Anfang an – anders als andere islamistische Fundamentalisten

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Iran (veröffentlicht 2008)

Entwicklung des vollständigen nuklearen Brennstoffkreislaufs ist wichtig für Iran	88%
- als Abschreckung möglicher Aggressoren	50%
- weil es Irans Großmachtstatus erhöht	61%
- aus wirtschaftlichen Gründen	91%
Negative Meinung über die USA	76%
Negative Meinung über die amerikanische (Bush-)Regierung	93%
Negative Meinung über das amerikanische Volk	49%
Vorteilhafte Meinung über das amerikanische Volk	45%
Die amerikanische Außenpolitik ist eine wichtige Bedrohung Irans	77%
Die amerikanischen Militärbasen in der Region sind eine Bedrohung Irans	83%
Israel stellt eine Bedrohung Irans dar	64%
Die Beziehungen zu den USA sollten verbessert werden	48%
Es sollte mehr Handel mit den USA geben	52%
Es sollte besseren Zugang für amerikanische Journalisten geben	51%
Mehr amerikanische Touristen sollten Iran besuchen	48%
Zwischen dem Westen und der moslemischen Welt ist Verständigung möglich	58%
Die meisten Menschen im Westen und in der moslemischen Welt haben ähnliche Bedürfnisse und Wünsche	54%
Islamische und westliche religiöse und soziale Traditionen sind unvereinbar	24%

(Die Tabelle musste aus dem Text Fair/Hellman 2008 rekonstruiert werden, der selbst kein vollständiges tabellarisches Material zu der Umfrage enthält)

– Israel nicht als übermächtig, sondern als verwundbar und angreifbar beschrieben. Das gibt seinen Drohungen einen ernsthafteren Charakter und wirft weitere kritische Nachfragen hinsichtlich seiner „Abschreckbarkeit“ auf.²³

Fünftens hat Ahmadinejad die unter den postrevolutionären Regierungen eingeschlafene Politik wieder aufgenommen, den iranischen Einfluss in der Region mit Hilfe radikaler, jederzeit gewaltbereiter Gruppen im Ausland auszudehnen. Zu den vom Iran unterstützten Terrorgruppen zählen jetzt auch solche mit sunnitischer Ausrichtung, wie die Hamas und der Islamische Dschihad, bezeichnenderweise beide in den Kampf gegen Israel verstrickt.²⁴

Sechstens übt sich der iranische Präsident nicht lediglich in antizionistischer Rhetorik, sondern bedient auch klassische antisemitische Klischees: jüdische Weltverschwörung und Strippenziehen, Heimtücke, Gier, Wurzellosigkeit, Betrugerei, Verbrechen, Mörder, Schmutz, Schädlinge, Herrschaft über die Finanzen, Grausamkeit; selbst die jüngste Finanzkrise, ja, den Georgien-Konflikt, schreibt er „den Zionisten“ zu. Vieles klingt wie ein Echo aus dem „Stürmer“ der NSDAP.²⁵

Freilich sind weder die politische Struktur noch die politische Elite des Landes monolithisch²⁶: Ahmadinejad ist nicht der Iran. Die Machtstruktur im Iran ist „triadisch“, die Macht ist zwischen drei Typen von Institutionen verteilt. Der erste ist der formale, verfassungsmäßige und demokratische Teil. Er umfasst das Parlament, den Präsidenten und sein Kabinett sowie den Expertenrat, der zwischen Parlament und Wächterrat vermittelt. Der zweite Institutionentyp ist der formale, verfassungsmäßige, aber undemokratische. Dazu gehört der oberste (geistliche) Revolutionsführer und der Wächterrat mit den weitgehenden Kompetenzen, Kandidaten für das Parlament und für die Präsidentschaft von der Wahl auszuschließen und die Vereinbarkeit der vom Parlament gemachten Gesetze mit der schiitischen Lehre zu prüfen. Schließlich gibt es als dritten Institutionentyp den informellen, verfassungsexternen und nichtdemokratischen Teil, das IRGC (und denjenigen Teil der regulären Streitkräfte und der Geheimdienste, der von ihnen unterwandert worden ist) und die islamischen Stiftungen, die einen erheblichen Teil der Volkswirtschaft kontrollieren.

Auch die politische Elite des Landes, die über diese drei Institutionentypen verteilt ist, ist fragmentiert. Man kann grob zwischen einem reformistischen, einem moderat konservativen, einem dogmatisch konservativen und einem extremistischen Flügel unterscheiden, die ihrerseits wieder aus unterschiedlichen Gruppierungen bestehen. Gegenwärtig regiert eine Koalition der beiden letzteren Flügel das Land, sie dominiert den formellen, verfassungsmäßigen, nichtdemokratischen und den verfassungsexternen Teil der Institutionen und teilt sich den verfassungsmäßigen, demokratischen Teil mit den moderaten Konservativen und den Reformisten, wobei die Radikalen die Exekutive und die Übrigen die Legislative dominieren. Aber auch in der regierenden Koalition haben sich Risse aufgetan. So hat der Revolutionsführer Khamenei zwar im Großen und Ganzen Präsident Ahmadinejad unterstützt und gleichfalls wiederholt die Existenzberechtigung Israels bestritten, gelegentlich aber Kritik an ihm erkennen lassen, etwa in von ihm kontrollierten Medien. Die Verfassung gibt dem Revolutionsführer das Kommando über die bewaffneten Kräfte und die Geheimdienste und macht ihn zum Herr über Krieg und Frieden.²⁷ Ahmadinejad hat allerdings seine Gefolgsleute in Schlüsselpositionen in Armee und Revolutionsgarden gebracht.²⁸ Zweimal hat er den begrenzten Konflikt mit Khamenei riskiert: Als er 2005 behauptete, direkt vom Mahdi inspiriert zu sein und als er 2007 den ihm gegenüber loyalen Jalili als Nachfolger von Larijani zum Sekretär des iranischen Sicherheitsrats und zum Verhandlungsbevollmächtigten für das Nuklearprogramm machte. In beiden Fällen griff der Präsident in die Prärogative des Revolutionsführers ein, ohne dass er dabei Schaden nahm. Es ist daher die Frage, wer im Konfliktfall die Oberhand behalten würde. Mittelfristig zielt die innenpolitische Strategie der Ahmadinejad-Gruppe darauf ab, Mezbah Yazdi zum Nachfolger Khameneis wählen zu lassen.

Andere politische Führungspersonlichkeiten sind in ihrer Kritik am Präsidenten noch härter, wie etwa Rafsandjani, Khatami und die Präsidentschaftskandidaten von 2009, und das schließt gelegentlich auch seine Israel-Politik ein.²⁹ Innerhalb der iranischen politischen Elite tun sich gravierende Gegensätze auf, die noch gewisse

Anmerkungen

- 1 Bertram, Christoph 2008: Rethinking Iran: From confrontation to cooperation, Paris, ISS, Chaillot Paper 110; Kubbig, Bernd W. 2008: Die Iran-Politik der Regierung Bush ab 2005. Brüche - rivalisierende Konzepte - Durchsetzungschancen, Frankfurt/M., HSFK-Report 5; Perthes Volker 2008: Iran - Eine politische Herausforderung, Frankfurt/M., Surhkamp
- 2 International Herald Tribune, 23. 3. 2009, 4
- 3 Ansari, Ali 2008: Iran under Ahmadi-najad: populism and its malcontents, in: International Affairs 84 (4), 683-700
- 4 Reissner 2008a, 26
- 5 dies.; Redaelli, Riccardo 2008: Why Selective Engagement? Iranian and Western Interests are Closer Than You Think, The Stanley Foundation, Policy Analysis Brief; Perthes, Volker 2009: Iran als außenpolitischer Akteur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 29, 3-9
- 6 vgl. die Zitate in American Jewish Committee (Hsg.) 2006: Antisemitismus „Made in Iran“: Die Internationale Dimension des Al-Quds-Tages, 16/17; Teitelbaum, Joshua 2008: What Iranian Leaders Really Say About Doing Away With Israel. A Refutation of the Campaign to Excuse Ahmadinejad's Incitement to Genocide, Jerusalem Center for International Affairs; http://www.adl.org/main_International_Affairs/ahmadinejad_words.htm?Multi_page_sections=sHeading_2 sowie Ahmadinejads Reden vor der VN-Vollversammlung 2005, 2006, 2007 und 2008; www.un.org/ga (28.5.2010)
- 7 Eine Anreicherungsanlage, die für die Produktion von niedrig angereichertem Reaktorbrennstoff errichtet wurde, kann durch Umstellung, die relativ wenig Zeit und Mühe erfordert, auch für die Herstellung von waffenfähigem, hochangereichertem Uran verwendet werden.
- 8 Fitzpatrick, Mark 2008: The Iranian Nuclear Case: Avoiding worst-case outcomes, London, IISS, Adelphi Paper 398
- 9 Delpech, Thérèse 2008: Confused West, Single-Minded Iran, in: WMD Insights 26/August, 2-6

Fortsetzung auf Seite 7

Aussichten bieten, dass sich der Kurs des Landes ändern könnte. Allerdings ist diese Hoffnung durch die manipulierte Wahl des Jahres 2009 und die nachfolgende, immer massivere Repression gegenüber der Opposition eingetrübt. Die Konfrontation mit den Forderungen der Reformbewegung hat das Bündnis zwischen Ahmadinejads Gruppe und Revolutionsführer Khamenei wieder gefestigt, die beide durch den Ruf nach Wandel ihre Stellung bedroht sehen.³⁰ Auf absehbare Zeit besteht daher wenig Aussicht auf einen Wechsel in der iranischen Führung.

Kann die öffentliche Meinung Ahmadinejads Politik beeinflussen?

Der 2005 gewählte Präsident selbst hat seit seinem Amtsantritt beständig an Kredit in der iranischen Öffentlichkeit verloren. Bei den Wahlen für den Expertenrat Ende 2006, der den Revolutionsführer zu wählen hat, sind eine Reihe seiner Anhänger durchgefallen, Ahmadinejads Rivale Rafsandjani gewann in Teheran, sein Mentor Mesbah-Yazdi landete nur auf dem enttäuschenden Platz sechs. Auch bei den gleichzeitigen Kommunal- und Parlamentswahlen 2008 haben die Anhänger Ahmadinejads empfindliche Verluste hinnehmen müssen.³¹ Die Wahl 2009 wurde nur mit schamloser Manipulation gewonnen. Offensichtlich steht die Wählerschaft nicht mehr mehrheitlich hinter dem Präsidenten, der seine wirtschafts- und sozialpolitischen Versprechen nicht gehalten hat und vor allem junge Iranerinnen und Iraner durch die rigorose Anwendung traditioneller Sittenvorschriften befremdet.³² Das könnte auch Hoffnungen in der nuklearen Frage wecken.

Denn anhaltender öffentlicher Protest gegen das Nuklearprogramm, der über die Konfrontationen von 2009 noch hinausgeht und sich nicht mehr durch gewaltsame Repression zum Schweigen bringen ließe, könnte die konservative Mitte gegen die Extremisten in Stellung bringen, um keinen Umsturz der Verhältnisse zu riskieren. Das könnte auch den Revolutionsführer veranlassen, die Konfrontation mit dem Präsidenten zu suchen. Teile des IRGC und islamischen Stiftungen würden dem Revolutionsführer folgen.³³ Der Präsident könnte

die Macht verlieren, das Nuklearprogramm auf einen friedensverträglicheren Kurs gebracht werden. Leider zeigt die bisher umfangreichste repräsentative Meinungsumfrage von Ende 2006, die erst jetzt veröffentlicht wurde, dass mit einer solchen Entwicklung nicht zu rechnen ist.³⁴

Die große Mehrheit der Befragten unterstützt die Regierungspolitik, sich nicht an die Entschlüsse des VN-Sicherheitsrats zu halten. Viele Iraner meinen, die Entwicklung des vollen Brennstoffkreislaufs diene den nationalen Zielen wirtschaftliche Entwicklung, nationale Sicherheit und internationaler Status. Die Mehrheit der Iraner ist also der Meinung, ein umfassendes Nuklearprogramm sei besser für die Nation als ein eingeschränktes, wobei sich daraus aufgrund der Fragestellung kein eindeutiges Votum für militärische Aktivitäten ablesen lässt.

Diese Einstellung der iranischen Bevölkerung gibt der Regierung einen nahezu unbeschränkten Handlungsspielraum, um das Nuklearprogramm sowohl in die zivile als auch in die militärische Richtung weiter zu treiben. Vielleicht könnte ein klarer Beweis, dass das Programm militärische Zwecke verfolgt, etwa ein Test oder gar eine Testserie, die öffentliche Unterstützung vermindern; aber nicht einmal dessen sind wir gewiss. Denn das Interesse der iranischen Mehrheit an internationalem Status – keineswegs überraschend bei einem stolzen Volk mit langer Geschichte – könnte auch zu enthusiastischer Freude über die Errungenschaft führen, wie es nach

den Kernwaffentests in Indien und Pakistan der Fall war. Außerdem zeigt die Umfrage, dass viele Iraner zwar Frieden mit den Vereinigten Staaten und Israel wünschen, sich jedoch von beiden Staaten bedroht fühlen. Diese Bedrohungswahrnehmung dürfte aus dem Spannungsgrad in den Beziehungen zu diesen Ländern und der von der Regierung kontrollierten Darstellung in den iranischen Medien resultieren. Nun kann die iranische Regierung diesen Spannungsgrad selbstständig beeinflussen, indem sie in den Verhandlungen über ihr Nuklearprogramm, bei der Unterstützung des anti-israelischen Terrorismus und den Aktivitäten radikaler Schiiten im Irak (sowie der Dschihadis in Afghanistan) an der Konfrontationsschraube dreht. Damit ist sie in der Lage, die USA und Israel zu Drohungen oder anderen feindlichen Akten zu provozieren, die wiederum Munition für die Feindbildproduktion zu Hause sind. Auf diese Weise könnte die iranische Führung, falls dies ihren Zielen entgegenkommt, die richtigen Bedingungen schaffen für die Unterstützung ihres Nuklearprogramms, diese sogar noch erhöhen, und vor allen Dingen seinen Nutzen für die eigene Sicherheit, d.h. für eine eigene Abschreckungsfähigkeit, in der öffentlichen Meinung noch fester verankern. Der religiös motivierte Radikalismus und herkömmliche politisch-strategische Kalküle weisen also in die gleiche Richtung.

Eine Änderung des nuklearen Programms wird also nicht von der Öffentlichkeit erzwungen werden – das hätte allenfalls auf

Gift und Galle

Today, it has proven that the Zionists are not opposed only to Islam and the Muslims. They are opposed to humanity as a whole. They want to dominate the entire world. They would even sacrifice the Western regimes for their own sake.

Präsident Ahmadinejad 2006, Maghen 2008, 16/17

In the Middle East, the global powers have created a black and filthy microbe called the Zionist regime, so they could use it to attack the peoples of the region, and by using this excuse, they want to advance their schemes for the Middle East.

Präsident Ahmadinejad, Rede in Bandar Abbas, 20. 2. 2008, Teitelbaum 2008, 9

It is no longer acceptable that a small minority would dominate the politics, economy and culture of major parts of the world by its complicated networks, and establish a new form of slavery, and harm the reputation of other nations, even European nations and the U.S., to attain its racist ambitions.

Präsident Ahmadinejad, Rede für der 64. VN Vollversammlung, 23. 9. 2009



Rein zivile Interessen? Stolz präsentiert sich Ahmadinejad der Presse bei einem Besuch in der Urananreicherungsanlage in Natanz 2008. Experten schätzen, dass es technisch möglich ist, in Natanz innerhalb von sechs Monaten genügend Material für eine Kernwaffe anzureichern. Quelle: picture alliance

indirekte Weise passieren können: Wenn Ahmadinejad die Wahl im Frühjahr gegen einen kompromissbereiteren Rivalen verloren hätte.

Das Dilemma westlicher Politik

Aus alledem müssen wir den desillusionierenden Schluss ziehen, dass der Einfluss, den unsere Politik auf Ahmadinejad ausüben kann, wahrscheinlich gering ist. Bereits seine ideologische Ausrichtung stellt eine unüberwindliche Barriere dar, da sie den Westen immer als Feind erscheinen lässt. Die öffentliche Meinung kann durch eigene Interpretation der westlichen Vorgehensweisen leicht beeinflusst werden – und gibt ihm einen komfortablen Handlungsspielraum. Verhält sich der Westen kooperationswilliger, so kann die iranische Regierung dies als eine Folge ihrer entschlossenen Linie darstellen, also ihrer Weigerung, den Forderungen des VN-Sicherheitsrats nachzugeben, und darauf verweisen, dass die Entspannungspolitik Khatamis solche Ergebnisse nicht erbracht habe. Hier zeigen sich die fatalen Folgen der Weigerung der Bush-Administration, auf die Entspannungs-Offerten Khatamis im Jahre 2003 einzugehen; von den zahlreichen politischen Fehlleistungen dieser amerikanischen Regierung war das eine der törichtsten; denn hätte sich Washington damals der moderaten iranischen Politik

geöffnet, wäre es zur Wahl Ahmadinejads wohl gar nicht gekommen.

Zum jetzigen Zeitpunkt würde westliches Entgegenkommen ohne Vorbedingungen die öffentliche Auffassung bestärken, das Programm schrecke externe Hegemonieveruche ab. Die iranische Regierung könnte behaupten, dass dieser Effekt sogar bereits eingetreten ist, bevor das Programm die volle Kapazität des Brennstoffkreislaufs erreicht hat. Die logische Folgerung daraus ist, dass der Iran seine Position noch verbessern wird, wenn er diesen Weg konsequent weitergeht. Natürlich würde westliche Kompromissbereitschaft die Bedrohungswahrnehmung der Iraner abschwächen; eine solche Konzessionsbereitschaft würde aber eben wahrscheinlich als die Wirkung des Programms gedeutet und keineswegs als genuiner Wille des Westens, mit dem Iran in Frieden zu leben. Dem Extremisten anzubieten, was man 2003 dem Moderaten verweigert hat, legitimiert die extremistische Politik als die für das iranische Nationalinteresse erfolversprechende Variante. Genau das gilt es jedoch zu vermeiden.

Wenn sich der Westen hingegen entschließen würde, die Sanktionsschraube anzuziehen – was aufgrund der Intransigenz Teherans jetzt unvermeidlich scheint –, so würde das in der Perspektive der Iraner die Bedrohung verstärken und in noch größerer Unterstützung für das Nuklearprogramm resultieren. Zwar mögen harsche wirtschaftliche Sanktionen bei denjenigen Mitgliedern der konservativen Mitte, die starke

- 10 International Atomic Energy Agency, GOV/2008/4, 22. 2. 2008; GOV/2008/38, 15. 9. 2008; GOV/2008/59, 19. 11. 2008; Delpech 2008; Sanger, David E. 2008: U.S. Rejected Aid for Israeli Raid on Iranian Nuclear Site, New York Times, 11. 1. 2008,
- 11 Albright, David/Jacqueline Shire/Paul Brennan 2010, IAEA Iran Report, 18. 2. 2010, Washington, ISIS
- 12 International Atomic Energy Agency, GOV/2010/10, Wien, IAEA, 18. 2. 2010
- 13 So u.a. Akbari 2006, Reissner, Johannes 2008: Irans Selbstverständnis als Regionalmacht. Machtstreben im Namen antikononialer Modernität. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie S 29
- 14 z.B. Ben-Ami, Shlomo 2008: The Iranian Threat. Prelude to Doomsday or an Opportunity for a Middle East Peace? Bologna, Johns Hopkins University
- 15 vgl. zum Folgenden Naji, Kasra 2008: Ahmadinejad: The Secret History of Iran's Radical Leader, University of California Press; Melman, Yossi/Meir Yavedanvar 2007: The Nuclear Sphinx of Tehran: Ahmadinedjad and the State of Iran, New York, Basic Books
- 16 Akbari, Semiramis 2006: Grenzen politischer Reform- und Handlungsspielräume im Iran. Die Bedeutung innenpolitischer Determinanten für die Außenpolitik, Frankfurt/M, HSEK-Report 9; Shapira, Shimon/Daniel Diker 2008: Iran's „Second“ Islamic Revolution: Its Challenge to the West, in: Jerusalem Center for Public Affairs, Iran's Race for Regional Supremacy, Jerusalem, JCPA, 44-59
- 17 Die Theologie der „Zwölfer-Schia“ beinhaltet, dass Gott den zwölften Nachfolger Mohammeds in der Zählung der Schiiten, al-Mahdi, verhüllt hat. Er lebt im Verborgenen und wird vor dem jüngsten Gericht als Retter erscheinen und den Endkampf zwischen Gut und Böse entscheiden.
- 18 Ahdiyyih, Mohebat 2008: Ahmadinejad and the Mahdi, in: The Middle East Quarterly, Fall 2008, 27-36; von Heyking, John 2005: Iran's President and the Politics of the Twelfth Imam; Shapira/Diker 2008, 56-58 <http://www.ashbrook.org/publicat/guest/05/vonheyking/twelfthimam.html>
- 19 www.un.org/ga (28.5.2010)
- 20 vgl. Anmerkung 4; Hassan, Hussein D. 2007: Iran: Profile and Statements of President Mahmoud Ahmadinejad, Washington, D.C., CRS Report for Congress <http://Crs.org/sgp/crs/mideast/RS22569.pdf> (28.5.2010)

Fortsetzung auf Seite 9

außenwirtschaftliche Interessen haben, den Wunsch nach einem Politikwechsel verstärken. Solange die Extremisten sich auf breite öffentliche Unterstützung für ihre nuklearen Aktivitäten verlassen können, würde dieser Wunsch wirkungslos verpuffen.

Was immer die westlichen Staaten oder der VN-Sicherheitsrat auch tun mögen, die gegenwärtige Regierung in Teheran kann stets Deutungen anbieten, die der eigenen Position im innenpolitischen Diskurs nutzen. Die Iraner sind – ausweislich der Umfrage – mit großer Mehrheit für eine politische Versöhnung mit den vermeintlichen Feinden. Sie wollen mehr Demokratie und sind mit den totalitären Tendenzen in ihrem Land unzufrieden.³⁵ Aber die Kombination von wirtschaftlichen Ambitionen, dem Wunsch nach einem höheren internationalen Status und der Furcht vor fremder Beherrschung spielt den Extremisten in die Hände, weil sie damit die Handlungsfreiheit für ihre außenpolitische Militanz gewinnen. Die relativ kurzen Fristen, die die iranische Führung vom Besitz waffenfähigen Materials trennen, und die wahrscheinlich längeren Fristen für die Wirkung vertrauensbildender Maßnahmen des Westens, die die Propaganda des Regierungsapparats und der konservativ beherrschten Medienmehrheit ausstechen müssen, um die iranische Bevölkerung zu überzeugen, sprechen nicht für eine günstige Prognose.

Lässt sich die iranische Führung durch Abschreckung beeinflussen?

Ist der Iran unter der Führung Ahmadinejads als rationaler Akteur abschreckbar? Die millenarische Ideologie Ahmadinejads setzt hinter die Unterstellung politischer Rationalität ein Fragezeichen. Kann man es wirklich als rationale Politik bezeichnen, wenn der Iran den einzigen Kernwaffenstaat und die überdies konventionell überlegene Macht der Region derart mit Drohungen überzieht, wie sein gegenwärtiger Präsident dies tut? Und das in dem Wissen, dass Israel 1967, als es einen Zangenangriff der arabischen Nachbarn befürchtete, nicht mit dem Präventivschlag zögerte, ebenso wenig 1981 gegenüber dem Irak und 2007 gegen Syrien? Jeder Sicherheitsexperte bemerkt die enormen Eskala-

tionsrisiken auch jenseits der konventionellen Kriegführung, welche die iranische Führung mit dieser Politik eingeht – ist das wirklich rational?

Denn selbst bei strategischer Rationalität der iranischen Führung ist die Eskalation in den Atomkrieg nicht auszuschließen. 1999 hatten Indien und Pakistan durch ihre Testserien ihren Status als Kernwaffenmächte zweifelsfrei erwiesen. Dennoch entwarf der pakistanische Generalstab unter Führung des späteren Präsidenten Musharraf einen Angriffsplan mit dem Ziel, eine strategisch wichtige Straße durch Kaschmir in die Hand zu bekommen. Das Kalkül lautete, dass die wechselseitige Abschreckung Indiens von einem Gegenschlag gegen das pakistanische Kernland abhalten würde. Ohne die massive diplomatische Intervention der USA hätte es damals zum Atomkrieg in Südasiens kommen können. Dieses Kalkül einer funktionierenden Abschreckung „im Krieg“ lässt die hohen Eskalationsrisiken, die immer bestehen, wenn die Waffen schon sprechen, ganz außer Acht. Denkbar wären in Zukunft vergleichbare Provokationen Irans gegen Israel im Nahen Osten in der vermeintlich sicheren Erwartung, dass Israel mit Rücksicht auf das iranische Atomwaffenpotential von Vergeltung absehen würde – ein extrem risikoreiches Kalkül. Eine Eskalationsgefahr könnte sich auch ergeben, wenn ein nuklear bewaffneter Iran eine erweiterte Abschreckungsgarantie für Nachbarn Israels abgeben würde – beispielsweise für das Hamas-Regime im Gaza-Streifen –, um sie zu Aggressionen gegen Israel zu ermutigen.³⁶ Schließlich können auch Fehlperzeptionen, Schwächen oder Funktionsstörungen des Frühwarnsystems und Entscheidungsfehler zwischen zwei Staaten, die hochverfeindet sind und sich wechselseitig als starke Bedrohung wahrnehmen, zum (unbeabsichtigten) Nuklearkrieg führen.³⁷

Sind die beständigen Forderungen nach dem Ende der Existenz Israels pure Rhetorik? Vielleicht ja, aber zum einen weckt die Sympathie des iranischen Präsidenten für den Mahdismus Zweifel; denn der „Fremdkörper“ im Heiligen Land muss der mahdistischen Theologie gemäß im Endkampf zwischen Gut und Böse beseitigt werden. Wie anders wäre es zu verstehen, dass die Rakete Shahab 3 mit der Aufschrift „Israel aus der Geschichte beseitigen“ in Teheran

paradiert wurde?³⁸ Zum anderen tut der Iran im Rahmen seiner (noch) bescheidenen Möglichkeiten schon jetzt alles, um Israel physisch zu schaden. Er bildet in seinen Camps Kämpfer von Hisbollah, Hamas und Islamischem Jihad aus. Instruktoren der iranischen Qods-Force – eine Art KSK der IRGC – beraten die Hisbollah im Libanon und sollen auch selbst an Kampfhandlungen gegen Israel teilgenommen haben. Er besorgt für diese Gruppen den Nachschub an modernen und für Israel besonders bedrohlichen Waffen, etwa zielgenauen Raketen, und verstößt damit gegen die Sicherheitsratsresolution 1701, die diese Hilfe verbietet.³⁹ Wie gewalttreibend diese iranische Politik wirkt, ist zum Jahresende 2008 klar geworden: Durch die Lieferung von Raketen größerer Reichweite vom Typ Grad an die Hamas, wurden nun auch größere Städte wie Ashkelon an der Mittelmeerküste oder Beer Sheva im Süden Israels, am Rande der Negev-Wüste, erreichbar. Damit war für die israelische Regierung die Schmerzgrenze überschritten; die Folge war der blutige Gaza-Krieg. Und auch seither wurden wiederholt Waffenlieferungen nach Palästina und in den Libanon sichergestellt, deren Ausgangspunkt der Iran war.⁴⁰ Die Israelis sehen also, dass der Iran seiner Rhetorik Taten folgen lässt, die seinen Möglichkeiten nach dem Stand der Dinge entsprechen. Aber immerhin sieht der Iran noch von einem direkten Eingriff in den Konflikt ab (Es ist bezeichnend, dass Ägypten diese iranischen Aktivitäten für hochgradig destabilisierend hält – dies ist einer der gewichtigsten Gründe für die entschieden anti-iranische Haltung der ägyptischen Regierung).⁴¹ Was jedoch haben die Israelis von einem Iran zu erwarten, der über nukleare Möglichkeiten verfügt? Aus diesen Gründen dürften weder die Feststellung, Ahmadinejads Rhetorik sei nur eine der vielen Facetten iranischer Politik, noch der Hinweis auf vergangene strategische Rationalität iranischer Regierungen in Israel beruhigend wirken.⁴²

Der Rest an Ungewissheit, der die Wirksamkeit der israelischen Abschreckung gegenüber dem Iran in Frage stellt, betrifft natürlich auch eine etwaige amerikanische Abschreckungsgarantie für die israelischen Freunde. Wenn am Ende des Tages die existentiell begründete nukleare Abschreckung Israels die Führung in Te-

heran nicht beeindruckt, welchen Unterschied soll dann ein amerikanisches Hilfeversprechen machen – zumal der ganze Mittlere Osten davon ausgeht, dass sich Israel auch ohne ausdrückliche Erklärung Washingtons eines solchen Schutzschirms ohnedies bereits erfreut?⁴³

Das israelische Dilemma

Das Ganze stellt sich aus israelischer Perspektive als ein immenses Dilemma dar. Denn es kann keine Rede davon sein, dass die Mehrheit der Israelis und ihre Regierung auf einen militärischen Konflikt mit dem Iran aus sind. Man weiß dort sehr genau um die nachteiligen Folgen selbst eines erfolgreichen Angriffs auf die iranische Nuklear-Infrastruktur: die unvermeidlichen Opfer unter der iranischen Zivilbevölkerung mit der Folge einer noch weitergehenden Isolierung Israels; die mögliche Vergeltung mit iranischen Mittelstreckenraketen, die, auch wenn sie nur konventionell bestückt wären, in Israel Opfer kosten würden; die beschleunigte Aufrüstung und Anstachelung der Hisbollah, der Hamas und des Islamischen Dihad; der Versuch, die Region zu destabilisieren oder gar die Straße von Hormuz zu schließen, vielleicht ein sich ausweitender Krieg im Nahen Osten. Nichts davon ist aus israelischer Sicht wünschenswert. Ahmadinejad hingegen mag sogar einen

Angriff Israels zur Festigung seiner Herrschaft durch eine nationalistische Empörungswelle herbeisehnen.⁴⁴ Sollte entgegen vielen Anzeichen das iranische Nuklearprogramm doch rein friedlichen Charakter haben, hätte Israel ohne Not die eigene Sicherheitslage verschlechtert; von einer Attacke könnte dann überdies der Impuls an den Iran ausgehen, die eigenen kerntechnischen Fähigkeiten militärisch zu nutzen.

Die militärische Operation ist überdies schwierig. Die israelischen Luftstreitkräfte müssten über eine weite Distanz operieren und wären auf Luftbetankung angewiesen. Die iranische Luftabwehr ist mit neuen russischen Flugkörpern für niedrige und mittlere Höhen ausgerüstet. Die Luftwaffe Israels ist dennoch überlegen, muss aber mit dem Verlust von Piloten und Flugzeugen rechnen. Die Zahl der Ziele, die über diese weite Distanz bekämpft werden kann, ist begrenzt, die israelischen Kampfflugzeuge werden also wahrscheinlich nicht sämtliche Standorte des iranischen Nuklearprogramms sowie alle Raketenstellungen, von denen aus Israel getroffen werden könnte, mit einem konventionellen Angriff zerstören können. Die USA verweigerten 2008 den Israelis die Lieferung von Waffen und Ausrüstungen sowie Überflugrechte über den Irak⁴⁵; damit bleibt Israel ganz auf die eigenen Mittel angewiesen. Dennoch scheint die Mission israelischen Experten grundsätzlich durchführbar.⁴⁶

- 21 Juergensmeyer, Mark 2000: Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence, Berkeley u.a
- 22 Akbari 2006, Reissner, Johannes 2007: Iran: Wahlschlappe und Sanktionen, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 7
- 23 Maghen, Zéev 2008: From Omnipotence to Impotence: A Shift in the Iranian Protrayal of the „Zionist Regime“, The Begin-Sadat Center for Strategic Studies, Bar-Ilan-University, Ramat Gan, Mideast Security and Policy Studies 78
- 24 Yaalon, Moshe 2008: The Second Lebanon War: From Territory to Ideology, in: Jerusalem Center for Public Affairs, Iran's Race for Regional Supremacy, Jerusalem, JCPA, 24-37
- 25 vgl. Anmerkung 4; Hassan 2007
- 26 Akbari 2006; Perthes 2008; Reissner 2008a, Redaelli 2008
- 27 Ganji, Akbar 2008: The Latter-Day Sultan. Power and Politics in Iran, in: Foreign Affairs 87 (6), 45-66
- 28 Ehteshami, Anoushiravan 2009: Machtstrukturen in Iran, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49, 9-14, hier 12-14
- 29 Reissner, Johannes 2007b: Ahmadinejad und der Führer, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Aktuell 58
- 30 Ehteshami 2009, 10
- 31 Reissner, Johannes 2008b: Wahl gewonnen-Macht zerronnen?, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Aktuell 54
- 32 Reissner 2007a; 2008b
- 33 Reissner 2008b
- 34 Fair, C. Christine/Stephen M. Shellman 2008: Determinants of Popular Support for Iran's Nuclear Program: Insights from a Nationally Representative Study, in: Contemporary Security Policy 29 (3), 538-558
- 35 Fair/Shellman 2008
- 36 Maoz, Zeev 2005: Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security and Foreign Polica, Ann Arbor, The University of Michigan Press, 599-604
- 37 Inbar, Efraim 2006: The Need to Block a Nuclear Iran, in: The Middle East Review of International Affairs 10 (1) Art. 1/7
- 38 Dazu ausführlich Teitelbaum 2008

Nichtverbreitungsvertrag (NVV) und Zusatzprotokoll

Artikel III des NVV, der am 1. März 1970 in Kraft trat, weist der IAEO die Aufgabe zu, umfangreiche Sicherungsmaßnahmen (safeguards) mit den Nichtkernwaffenstaaten zu vereinbaren, um zu gewährleisten, dass aus Nuklearaktivitäten im zivilen Bereich kein spaltbares Material für die Herstellung von Atomwaffen abgezweigt wird. Durch umfangreiche Verifikationsmaßnahmen soll der gesamte Spaltstofffluss eines Landes der Kontrolle der IAEO unterstellt werden.

Nach den Erfahrungen mit den Atomrüstungsplänen des Irak und nach dem Golfkrieg 1991 wurde 1997 vom Gouverneursrat der IAEO ein Zusatzprotokoll beschlossen. Es enthält zusätzliche Informationsverpflichtungen und Kontrollmaßnahmen (z.B. unangemeldete Kontrollen), die es der IAEO ermöglichen sollen, besser zu überwachen, ob in einem Mitgliedsland das gesamte Nuklearmaterial ausschließlich friedlichen Zwecken dient.

Auf internationalen Druck und nach einem Ultimatum der IAEO unterzeichnete auch der Iran 2003 das Zusatzprotokoll. Nach Eskalation des Iran-Konflikts im Januar 2006 kündigte der Iran allerdings das Protokoll als Reaktion auf einen IAEO-Beschluss, der vorsah, das iranische Atomprogramm dem UN-Sicherheitsrat zur Prüfung vorzulegen.

Fortsetzung auf Seite 11

Diesen trüben Aussichten steht das Risiko gegenüber, dass Israel in Folge eines unprovokierten iranischen Vernichtungsschlages oder einer schrittweisen Eskalation, die von verstärkten Provokationen der „iranischen Stellvertreter“ bis in die nukleare Kriegführung geht, völlig vernichtet wird. Das Land erreicht mit knapp 21 000 qkm nicht die Größe Hessens. Es fehlt die strategische Tiefe: An der schmalsten Stelle sind es von der Grenze zur West Bank bis zum Mittelmeer weniger als 20 km, und zwischen Syrien und den Großstädten Akko und Haifa liegen weniger als 50 km. Israel ist hoch urbanisiert, die Zerstörung weniger Großstädte wie Tel Aviv, Jerusalem oder Haifa bedeutet das Ende des Landes. In Israel gibt es überdies die Befürchtung, die „iranische Bombe“ würde die radikalen Elemente der Region dauerhaft stärken und einen Frieden im Nahen Osten auf unabsehbare Zeit unmöglich machen. Auch sieht man das Risiko, dass viele Israelis das Land verlassen könnten.⁴⁷ Ein Albtraum ist, dass Terroristen iranische Kernwaffen in die Hand bekommen könnten. Teheran könnte überdies die israelische Zweitschlagsfähigkeit in Zweifel ziehen. Ob die zwei U-Boote der israelischen Marine überhaupt nuklearfähig sind, ist unklar, und die von Deutschland an Israel verkauften Einheiten laufen erst Ende des Jahrzehnts zu, und die Umrüstung und Indienstellung werden dann noch einige Zeit in Anspruch nehmen.⁴⁸

Das Sicherheitsdenken der Israelis ist von fünf Annahmen geprägt, die seit der Gründung des Staates zu beobachten sind und sich im Verlauf der Geschichte verfestigt haben: Die arabische Umwelt ist grundlegend

feindselig gegenüber Israel eingestellt, sie ist viel reicher an Ressourcen und Menschen als Israel, die internationale Gemeinschaft ist kein verlässlicher Verbündeter, die Geographie macht Israel extrem verwundbar, und die „eiserne Mauer“, die unbedingte Verteidigungsfähigkeit, bietet die einzige Hoffnung, dass die arabischen Nachbarn sich auf Dauer an die Existenz Israels gewöhnen könnten und irgendwann einmal sogar kooperative Beziehungen entwickeln. Und hinter allem steckt die schreckliche kollektive Erfahrung des Holocaust: der Möglichkeit, dass man einem Genozid ausgesetzt wird, ohne dass sich ein Finger dagegen rührt. Aus diesem Denken, aus diesen Erfahrungen heraus wird klar, dass Israel im Verhältnis zum Iran das Risiko nicht eingehen wird, dass sich die eher wohlwollenden und optimistischen Annahmen, wie sie etwa in der deutschen Debatte zirkulieren, sich am Ende als so falsch herausstellen wie Chamberlains Hoffnung von 1938, mit Hitler könne man vernünftige Regelungen treffen.⁴⁹ Das iranische Nuklearprogramm wäre nach einem israelischen Angriff freilich nicht für alle Zeiten beseitigt, aber um einige Jahre verzögert.⁵⁰ Ein solcher Zeitgewinn kann im Vergleich zu einer in kurzer Zeit aufziehenden existentiellen Gefahr manchen Nachteil wettmachen.

Wir können lange über die völkerrechtswidrige israelische Besetzung der West Bank klagen und uns über die Unterdrückung der Palästinenser erregen, auf den Anreiz hinweisen, den das Kernwaffenmonopol der Israelis auf andere Staaten der Region ausübt, sich gleichfalls in nukleare Abenteuer zu begeben, den religiösen Fanatismus in der nationalen israelischen

Rechten kritisieren, der einen friedenswilligen Premierminister, Izchak Rabin, das Leben kostete und der ein beträchtliches Friedenshindernis darstellt. In all diesen Aspekten wird sich Israels Haltung ändern müssen, wenn im Nahen Osten jemals ein nachhaltiger Frieden einziehen soll. Gleichmaßen können wir das Schicksal des Iran bedauern, der sich in den verschiedensten Staatsformen als Feind der USA wiederfand. Einzige Ausnahme war die Ära der Schah-Autokratie, als der Iran Bündnispartner Washingtons war. 1953 putschte die CIA den gewählten Premierminister Mossadegh aus dem Amt und beendete damit die junge iranische Demokratie, bevor sie sich festigen konnte. Die islamistische Diktatur unter Khomeiny sah sich mit den USA konfrontiert, die die Partei des Kriegsgenegers Irak ergriffen, die iranische Marine zerstörten und ein iranisches Zivilflugzeug vom Himmel holten, was 290 iranischen Zivilisten das Leben kostete. Und als Semi-Demokratie unter Präsident Khatami fanden sich die Iraner auf George W. Bushs „Achse des Bösen“ wieder.

All dies ist wahr, aber für die gegenwärtige Lage belanglos, genauso belanglos wie der Hinweis auf die Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Die existentielle Bedrohung, die Israel gegenwärtig nach Angaben der eigenen Regierung wahrnimmt,⁵¹ besteht unabhängig von allen genannten Umständen, die Israelis müssen jetzt und hier damit fertig werden.

Man darf erwarten, dass die israelische Führung den Zeitpunkt eines Angriffs so lange hinausschieben wird, wie es möglich scheint, ohne größeren Schaden befürchten zu müssen. Es wird vermutlich weitere Signale an den Iran geben wie die Zerstörung des im Bau befindlichen syrischen Reaktors im September 2007 oder die gezielt durchgesickerten Meldungen von weiträumigen Übungen der israelischen Luftwaffe über dem Mittelmeer: Auf diese Weise soll dem Iran bedeutet werden, dass Israel zu einem Schlag bereit ist. Israel wird sorgfältig die iranische Politik während des Gaza-Krieges analysieren: Sicherheitsberater Jalili verlangte während eines kurzfristigen Besuchs im Libanon von der Hisbollah, gegenüber Israel stillzuhalten, Revolutionsführer Khomeini untersagte es, iranische Freiwillige als Selbstmordattentäter Richtung Palästi-

Die Iranische Revolutionsgarde (IRGC)

Die Iranische Revolutionsgarde wurde von Khomeini 1979 aus verschiedenen paramilitärischen Gruppen aufgestellt, um diese zu einer Streitmacht zusammenzufassen. Sie haben sich den Schutz des Regimes auf die Fahnen geschrieben und wurden im 1. Golfkrieg zu einem wichtigen Akteur. Mit ca. 125 000 Mitgliedern ist sie zwar relativ klein, kontrolliert aber die Basidschi, eine bewaffnete Freiwilligenmiliz, die aus Hunderttausenden jungen Männern und Frauen besteht (nach eigenen Angaben mehrere Millionen), die selbst in den kleinsten Dörfern die Ordnung aufrechterhalten und die Interessen des Regimes verteidigen. Berühmt sind sie vor allem wegen ihrer Verfolgung politischer Oppositioneller.

Viele Minister im Kabinett Ahmadinejads sind ehemalige Kommandanten der Revolutionsgarde. Im August 2007 erklärte die amerikanische Regierung die Revolutionsgarde zur terroristischen Vereinigung.



Erneuter Raketentest im Iran Ende September 2009. Die Langstreckenrakete Shabab-3 hat eine Reichweite von 2000 km und ist damit in der Lage, jeden beliebigen Punkt in Israel zu treffen. Quelle: picture alliance

na ausreisen zu lassen.⁵² Aber Israel wird nicht warten, bis ein von Ahmadinejad oder einem Politiker des gleichen Schlages regierter Iran über genug hoch angereichertes Uran für Kernwaffen verfügt.

Folgerungen für die westliche Politik

Kann die westliche Politik den Gang der Dinge noch beeinflussen? Was den israelischen Entschluss zum Alleingang besiegeln kann, ist das Gefühl, von der Welt alleine gelassen zu werden, das historische Urtrauma des verfolgten Judentums. Bisher nimmt selbst die westliche Welt die anti-israelischen und antisemitischen Tiraden des iranischen Präsidenten und anderer Würdenträger eher mit Indifferenz hin; im Sicherheitsrat zeichnet sich mangelnde Entschlossenheit ab, der Unterstützung des anti-israelischen Terrorismus durch Teheran, dem iranischen Nuklearprogramm und der Missachtung der Resolutionen des Sicherheitsrats (1696, 1737, 1747, 1803, 1835 sowie 1701) durch die iranische Regierung energisch entgegenzutreten; Russland und China stellen sich einer weiteren Verschärfung entgegen. Beides kann den Eindruck Israels, im Augenblick der Entscheidung auf sich allein gestellt zu sein, nur bestärken. Im Westen besteht sogar eine stärkere Tendenz als zuvor, den diplomatischen Kontakt mit

dem Iran zu suchen. Und trotz eines allmählichen Rückgangs des Handels bewegen sich Exporte aus Italien oder Deutschland in den Iran immer noch auf Milliardeniveau.

Deshalb wäre es politisch sinnvoll, jetzt kein Appeasement zu betreiben, solange die gegenwärtige iranische Regierung an ihrer Unterstützung für den anti-israelischen Terror festhält, ihren skandalösen Wunsch, Israel beseitigt zu sehen, bei jeder Gelegenheit kund tut und die Entschlüsse des Sicherheitsrats missachtet. Schärfere Sanktionen als nächster Schritt – etwa ein von der EU ausgesprochenes Verbot, Projekte im Iran zu finanzieren oder ein komplettes Exportverbot in den Iran – vermindern zumindest die Chance des Regimes, weitere Ressourcen für die Unterstützung dieser Politik zu erwerben, vor allem, die Schlagkraft der eigenen Streitkräfte zu erhöhen. Sanktionen könnten auch die sichtbaren Risse in der politischen Elite vertiefen. Und wenn Sanktionen mittelfristig eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage herbeiführen, könnte sich auch die iranische Bevölkerung – trotz ihrer Sympathie für das Nuklearprogramm und dem Instinkt, sich bei äußerem Druck um die Führung zu scharen – mittelfristig doch gegen die radikale Führung wenden, die natürlich alles versuchen wird, die Schuld für das eigene Versagen dem Ausland zuzuschieben. Immerhin ging das Drehen an der Sanktionschraube seit 2005 mit dem oben erwähnten Popularitätsverlust des Präsidenten einher. Das ist wenigstens eine Chance und deshalb besser als Appeasement gegenüber einer extremistischen Führung. Sanktionen müssen allerdings so gestaltet werden, dass die humanitären Grundbedürfnisse des iranischen Volkes (beispielsweise die medizinische Versorgung) gedeckt werden.

Parallel zur Sanktionspolitik sollten die Bedingungen für eine Politik der Entspannung und aktiver Kooperation verdeutlicht werden, und zwar am sinnvollsten im Kontakt mit dem Revolutionsführer Khamenei und anderen hochrangigen iranischen Politikern, die nicht auf der Linie Ahmadinejads liegen: Die iranische Regierung muss aufhören, die Existenz Israels in Frage zu stellen, die Unterstützung für den anti-israelischen Terror einstellen und den Ausbau seiner Anreicherungsanlage auf Zeit suspendieren, um eine einvernehmliche, nach Möglichkeit multilaterale Lösung zu

- 39 Yaalon, Moshe 2008: The Second Lebanon War: From Territory to Ideology, in: Jerusalem Center for Public Affairs, Iran's Race for Regional Supremacy, Jerusalem, JCPA, 24-37; Shapir, Yiftah S. 2009: Iran's ballistic missiles, in: Strategic Assessment 12 (2), 29-40
- 40 Haaretz, 5. 11. 2009, 1
- 41 Ottaway, Marina 2009: Iran, the United States, and the Gulf: The Elusive Regional Policy, Washington, D.C., Carnegie Papers 105, 6
- 42 Perthes 2009, 3/4
- 43 Freilich 2008, 10/11
- 44 Kam, Ephraim 2008: Military Action against Iran: The Iranian Perspective, in: Strategic Assessment 11 (2), November, 97-106
- 45 Sanger 2008
- 46 Inbar 2006:
- 47 Ben-Ami 2007
- 48 Rubin, Barry 2006: Iran: The Rise of a Regional Power, in: The Middle East Review of International Affairs 10 (3), Art. 10/10; Inbar 2006
- 49 Krause, Joachim 2006: Die internationale Krise um das iranische Nuklearprogramm, Kiel, Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik 15; Freilich, Chuck 2008: The United States, Israel, and Iran: Defusing an „Existential“ Threat, in: Arms Control Today 38 (9), 6-11
- 50 Nach israelischen Schätzungen 2 bis 3 Jahre, Sanger 2008
- 51 z.B. Premierminister Netanjahu im Interview mit der Bild-Zeitung, 22. 6. 2009, 2
- 52 Süddeutsche Zeitung, 9. 1. 2009, 8; Frankfurter Rundschau, 9. 1. 2009, 4

erarbeiten. Für den Fall, dass diese Bedingungen erfüllt werden, muss der Westen breitestmögliche wirtschaftliche Kooperation anbieten, eine Sicherheitsgarantie für den Iran aussprechen und einen ausdrücklichen Verzicht auf einen erzwungenen Regimewechsel leisten. Zur Glaubwürdigkeit eines solchen Angebots muss vor allem eine eindeutige Positionierung der neuen amerikanischen Regierung für eine solche Politik beitragen; die Chancen auf eine breite Akzeptanz im Iran würde dramatisch erhöht, wenn der neue amerikanische Präsident sein Bedauern für die amerikanische Rolle beim Sturz des ersten gewählten iranischen Premierministers Mossadegh im Jahre 1953 aussprechen würde; dem Stolz der Iraner und ihrem Verlangen nach historischer Gerechtigkeit würde damit Genüge getan. Eine Entspannung des amerikanisch-iranischen Verhältnisses würde das Bedrohtheitsgefühl in Iran abbauen, das durch den nicht unberechtigten Eindruck einer militärischen Umzingelung entstanden ist. Das Motiv, ein eigenes Abschreckungspotenzial zu erlangen, würde schwächer.

Der Dialog mit dialogwilligen Iranern und der iranischen Zivilgesellschaft sollte schon jetzt ungeachtet der Politik der Führung intensiviert werden. Hilfe für die iranische Bevölkerung sollte – wenn das irgend möglich ist – über diese Kontakte kanalisiert werden. Sollte sich die iranische Politik im Sinne der oben genannten Forderungen ändern, sollte der Westen (oder der Sicherheitsrat) die Sanktionen selbst dann erleichtern, wenn das Nuklearprogramm unter eindeutig zivilen Vorzeichen weiter-

geführt wird. Bei einem Führungswechsel sollten die Sanktionen ganz aufhören. Alle Anstrengungen sollten dann darauf verwandt werden, die waffenrelevanten Teile des Brennstoffkreislaufs in ein multinationales, wenn möglich breiteres regionales Gefüge zu überführen. Alle diese Szenarios fallen jedoch in die Kategorie „Wunschdenken“. Ebenso wahrscheinlich, wenn nicht sogar wahrscheinlicher, sind wesentlich düsterere Perspektiven.

Ein israelischer Angriff auf die Infrastruktur des iranischen Nuklearprogramms ist riskant und wird schwerwiegende negative Folgen haben. Die politischen Führer Israels können – in voller Erwartung dieser negativen Folgen – zu dem Schluss kommen, dass er dennoch die einzige Option ist, die ihnen bleibt, um ihr Land und Volk vor einem nuklearen Holocaust zu schützen. Wenn es zu einer Militäroperation Israels kommt, werde ich diese Folgen fürchten

und die Opfer auf beiden Seiten beklagen. Aber ich hoffe, dass der Westen und mein eigenes Land dann nicht Israel die Schuld zuschieben. Ahmadinejad und die Extremisten, die ihn umgeben, fordern die Tragödie heraus.



Prof. Dr. Harald Müller (Jahrgang 1949) ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der HSFK, Leiter des Programmbereichs Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten sowie

Professor für Internationale Beziehungen an der Goethe-Universität Frankfurt.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332